

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

Bundshaushalt für 2024 vorlegen – Haushaltskrise abwenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland befindet sich in einer außerordentlich herausfordernden Lage: Inflation und hohe Energiepreise belasten Bürger und Unternehmen. Die OECD musste kürzlich ihre Wachstumsprognose für Deutschland korrigieren. Die deutsche Wirtschaft soll in diesem Jahr bestenfalls stagnieren, aktuell befinden wir uns bereits in einer technischen Rezession. Damit gehört Deutschland zu den großen Absteigern unter den Industrieländern.

Des Weiteren stellt der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine die europäische Nachkriegs- und Werteordnung fundamental in Frage.

Was Deutschland in dieser Situation bräuchte, wäre eine Koalition, die den überholten Koalitionsvertrag nicht länger versucht abzuarbeiten, sondern eine echte „Zeitenwende“ vollzieht. Dazu zählt auch eine realitätsnahe Aufstellung des Bundshaushalts mit konkreter politischer Prioritätensetzung. Stattdessen streitet die „Ampel“ ununterbrochen über immer neue Ausgabenprogramme. Dabei beläuft sich das zu deckende Defizit des Bundshaushalts zur Einhaltung der Schuldenbremse bereits ohne die Wunschliste der Ampel-Koalition auf annähernd 20 Milliarden Euro. Des Weiteren führen stark steigende Zinsen in Kombination mit der Handlungsunfähigkeit der Bundesregierung zu einer drohenden Haushaltskrise. Das Ergebnis ist eine Geisterfahrer-Politik, die unserem Land massiv schadet: Während die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland die höchsten Energiepreise der Welt zahlen, sollen Gas- und Ölheizungen nun im Hauruck-Verfahren de facto verboten werden. Inmitten des russischen Angriffskriegs stellen Politiker der Koalition öffentlich eine Aufstockung des Verteidigungshaushalts in Frage. Der Bundeswirtschaftsminister wirbt trotz einer Rezession für Steuererhöhungen.

Es braucht jetzt eine Haushaltspolitik, die durch aufrichtige Ausgabenkritik für Generationengerechtigkeit sorgt, die Anreize für neues Wachstum setzt und die die Deindustrialisierung Deutschlands stoppt, anstatt sie mit immer neuen Belastungen zu befeuern.

II. Der Deutsche Bundestag fordert deshalb die Bundesregierung auf,

1. dem Deutschen Bundestag vor der parlamentarischen Sommerpause einen Regierungsentwurf für den Bundshaushalt 2024 zu übermitteln;

2. die im Grundgesetz verankerte Schuldenbremse einzuhalten und jegliche weiteren Versuche zu unterlassen, die Schuldenbremse zu umgehen, beispielsweise durch die Durchbrechung des Jährlichkeitsprinzips für „Sondervermögen“;
3. das verfassungsrechtlich fragwürdige Vorgehen beim 2. Nachtragshaushalt 2021 mit der Umwidmung der „Corona-Kredite“ in „Klima-Kredite“ und den Transfer in Höhe von 60 Milliarden Euro in den damaligen Energie- und Klimafonds rückabzuwickeln;
4. den Bundeshaushalt einer umfassenden Ausgabenkritik zu unterziehen, die Staatsquote und das Ausgabenwachstum zu reduzieren und so zu verhindern, dass die Staatsnachfrage zum zusätzlichen Inflationstreiber wird;
5. eine pauschale Stelleneinsparung ernsthaft zu verfolgen und dabei den Einsparungsschwerpunkt bei den Ministerien zu setzen;
6. Deutschlands Bündnisverpflichtungen umfassend zu erfüllen und auch haushalterisch langfristig zu unterlegen. Dafür ist insbesondere sicherzustellen, dass das Zwei-Prozent-Ziel der NATO im Bundeshaushalt dargestellt wird;
7. auf Steuererhöhungen zu verzichten, da Deutschland mit gesamtstaatlichen Steuereinnahmen von bald einer Billion Euro kein Einnahmeproblem hat;
8. darüber hinaus angebotsseitige und unternehmensteuerliche Maßnahmen zu ergreifen, die einen wesentlichen Beitrag zur Überwindung der Rezession, zu langfristiger Preisstabilität sowie zu mehr Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltigem Wachstum leisten.

Berlin, den 13. Juni 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion